



Vertheilung der Abonnementspreise in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. In der Provinz 2 Thlr. 15 Sgr. In der Provinz 2 Thlr. 15 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Aufserdem übernehmen alle Postanstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 414. Mittag-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 5. September 1867.

Deutschland.

Berlin, 4. Sept. [Amtliches.] Se. Maj. der König hat dem Postath Schmidt zu Mainz und dem praktischen Arzt Dr. Bernhard Neuhaus zu Münster den rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem evangelischen Cantor, Rkt., Organisten und Lehrer Friedrich Gottlieb Goeder zu Rehme im Kreise Minden den Adler des vierten Klasse des königlichen Hausordens von Hohenzollern, sowie dem Bauernbesitzer Frolich zu Weibheim im Kreise Waldburg, dem Gerichtsschöffen Berger zu Ober-Waldburg in demselben Kreise, dem Landoberkulturbereiter Gehlert zu St. Goarshausen im Rheingau-Kreise und dem Landdiener Woelher zu Iheboe in Holstein das allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem praktischen Arzt Dr. Rintel in Berlin den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der königliche Bau-Insp. v. Bismarck zu Ortelburg ist zum königlichen Ober-Bau-Insp. ernannt und demselben die Ober-Bau-Insp. Stelle bei der königlichen Regierung zu Gumbinnen verliehen worden. — Der Staats-Anwalt Jacobson in Bartenstein ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Thorn und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Thorn und mit der Bestimmung, daß er statt seines jetzigen Amts-Charakters künftig den Titel als Justiz-Rath zu führen hat, ernannt worden. — Die Berufung des Lehrers an der höheren Bürgerschule zu Greuburg in Oberschlesien Dr. Gustav Stürmer zum Oberlehrer an der Realschule in Bromberg ist genehmigt worden.

[Die Zusammenkunft in Salzburg.] Die „Prov.-Corresp.“ sagt heute: Der Besuch, welchen der Kaiser Napoleon und seine Gemahlin vor Kurzem dem österreichischen Kaiserpaare in Salzburg abgefaßt haben, ist vielfach Gegenstand beunruhigender Gerüchte und besorglicher Auslegungen in Bezug auf die politischen Zwecke und Ergebnisse der fälligen Zusammenkunft gewesen. Die preussische Regierung hat diese Besorgnisse von vornherein nicht getheilt. Ihre Auffassung der politischen Lage hat seitdem allseitig Bestätigung erfahren. Aus zuverlässigen Äußerungen geht hervor, daß der Besuch des französischen Kaiserpaars nur von der Absicht eingeleitet war, dem durch das traurige Geschick des Kaisers von Mexico schwer getroffenen österreichischen Kaiserpaare ein Zeichen herzlicher Theilnahme zu widmen, daß dagegen politische Zwecke, welche geeignet wären, Beunruhigung hervorzurufen, bei der Zusammenkunft nicht obwalteten.

3. Durch die Vorlage des Postgesetzes an den Bundesrath wird das preussische Gesetz vom 5. Juni 1852 nicht unwesentlich abgeändert.

§ 2 dieses Gesetzes, welcher die Bedingungen festsetzt, unter welchen Personen und Sachen auch von Privaten befördert werden können, hat zu Gunsten letzterer einige Modificationen erhalten. Bisher betrug die Garantie, welche bei Paketen ohne Declaration des Werthes geleistet wurde, 10 Sgr. pr. Pfd., es ist eine Erhöhung bis zu 1 Thlr. proponirt worden.

§ 25 setzt fest, daß, wenn die auf einer Poststation contractlich zu haltende Pferdezahl in Folge ungewöhnlicher Frequenz nicht ausreicht, die zunächst wohnenden Landwirthe und Lohnfuhrleute verpflichtet sind, die nöthigen Pferde zu stellen. Dieser Paragraph fällt ganz fort. In § 35 ist die Höhe der Strafen wegen Postcontraventionen enthalten; diese Strafbestimmungen werden vielfach ermäßigt. § 44, welcher auf Verletzung des Anstandes, der Sicherheit und der Ordnung auf den Posten und in den Passagierstuben eine Geldbuße festsetzt, kommt ganz in Wegfall. Durch das Gesetz vom 21. Mai 1860 ist der Postzwang schon ziemlich beschränkt worden; durch das vorliegende Gesetz werden noch weitere Ermäßigungen desselben festgesetzt.

3. [Der Kriegsminister v. Moos], der von der Schweiz nach Italien gegangen, wird sehr bald hier zurück erwartet; derselbe wird seinen Rückweg über Tirol nehmen.

[Die obere Provinzial-Verwaltung in Hannover] war bisher bekanntlich mit dem militärischen Oberbefehl in der Hand eines General-Gouverneurs, des Generals v. Voigts-Rheß, vereinigt. Jetzt sagt die „Prov.-Corresp.“: Mit Rücksicht auf die bevorstehende erste Veranordnung der neu errichteten Provinzialstände von Hannover, sowie auf die weiteren Schritte zur Regelung der Verwaltungseinrichtungen der Provinz erscheint es erforderlich, daß die obere Civil-Verwaltung derselben nunmehr einem besonderen Beamten anvertraut werde. Die Ernennung eines Ober-Präsidenten ist demgemäß in unmittelbare Aussicht genommen, und ist das Augenmerk der Regierung auf einen Mann gerichtet, welcher durch seine hervorragende unabhängige Stellung, durch anerkannte Tüchtigkeit und durch seine engen persönlichen Beziehungen zum bisherigen hannoverschen Lande ebenso wie zur preussischen Monarchie geeignet scheint, allseitig Vertrauen zu erwecken. (Georg v. Vincke?)

[Ueber die Verhandlungen der Vertrauensmänner aus dem vormaligen Kurfürstenthum Hessen] bemerkt die „Prov.-Corresp.“: In Betreff der Kreisverfassung ist nach eingehender Verhandlung ein wesentliches Einverständnis dahin erzielt worden, daß (in Erweiterung der bisher für jeden landrätlichen Kreis bestehenden Bezirksräthe) eine Kreisvertretung in ähnlicher Weise, wie in den alten preussischen Provinzen, aus Vertretern des großen Grundbesitzes, der Städte und des kleinen ländlichen Grundbesitzes gebildet werden soll. — Eine Provinzial-Vertretung, wie sie in den alten Provinzen besteht und wie sie auch für Hannover demnächst ins Leben treten soll, konnte für Hessen schon deshalb nicht ins Auge gefaßt werden, weil die Bildung eines Provinzial-Verbandes für Hessen, Nassau u. s. w. bisher nicht erfolgt ist. Von den Vertrauensmännern aber wurde überdies ein besonderer Werth darauf gelegt, daß die kurhessischen Lande zunächst in ihrem natürlichen Verbande belassen werden. Es handelte sich daher um die Bildung von Communalständen für das ehemalige Kurfürstenthum Hessen (den jetzigen Regier.-Bezirk Kassel), welchen jedoch zugleich die Aufgaben der altländischen Provinzialstände zuzuweisen sein werden. Die Absicht der Regierung, diese Vertretung ähnlich wie in den alten Provinzen aus den Kreisständen hervorgehen zu lassen, wurde zwar an und für sich als berechtigt anerkannt; doch sprachen die Vertrauensmänner namens der hessischen Bevölkerung von Allem den dringenden Wunsch aus, daß die bisherigen kurhessischen Landstände (wie sie auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1849 in Folge des Einschreitens der preussischen Regierung im Jahre 1863 wieder hergestellt worden sind), fortan in die Stelle der Communalstände treten möchten. Obwohl die Regierung es für nicht unbedenklich erachtete, einen Abwobol, welcher mit Rücksicht auf die politischen Aufgaben einer allgemeinen Ständeversammlung festgestellt ist, auf eine bloß provinziale Körperschaft zu übertragen, so ist doch mit Rücksicht auf den überwiegenden Wunsch der hessischen Bevölkerung die Gewährung des geforderten Antrages in Aussicht genommen worden. Im Zusammenhange mit der dringenden Aufgabe der hessischen Provinzialvertretung ist auf den dringenden Antrag der Vertrauensmänner die Frage von Neuem erwogen worden, ob es angemessen und zulässig ist, den früheren kurhessischen Staatsschatz als Provinzialvermögen zur Verfügung der zu bildenden kommunalständischen Vertretung zu überlassen. Der Finanzminister Freiherr v. d. Seydt legte den Vertrauensmännern die

allgemeinen politischen Gründe dar, aus welchen eine Vereinigung des in Rede stehenden Vermögens mit dem allgemeinen Staatsvermögen gerechtfertigt sein würde, stellte jedoch in Berücksichtigung des einstimmig geäußerten Wunsches die Ueberweisung des Fonds zu provinziellen Zwecken in Aussicht. Von den Vertrauensmännern waren endlich noch Anträge auf Abänderung einzelner Anordnungen auf dem Gebiete der Gerichts-Organisation, namentlich in Betreff der Stellung des Appellations-Gerichts zu Kassel und des Verfahrens im Civilproceß, gestellt worden. Nachdem jedoch der Justizminister Graf zur Lippe in eingehender Weise die Gesichtspunkte erörtert hatte, von welchen die Staatsregierung bei ihren Anordnungen ausgehen zu müssen geglaubt habe, wurden weitere Einwendungen von keiner Seite erhoben.

[Das neue Ober-Appellationsgericht] besteht aus: dem ersten Präsidenten, Wirkl. Geh. Rath Dr. Konhardt, dem Vice-Präsidenten Oberg und dem Ober-Appellationsgerichts-Räthen Behncke, Schreier, Meyer, Ebhardt, Dr. Bähr, Rothe, Henrici, Dr. Mosen, Dr. Deul, Gallenkamp, Friedrich, Wangemann, v. Specht und Mohr. Bei der General-Staatsanwaltschaft ist der bisherige General-Procurator Schüler aus Kassel eingetreten. Zu Rechtsanwaltschaft sind bei dem Ober-Appellationsgerichte bestellt: Dr. Bohlmann, Jenner, Dr. Braun, Dr. Künzel und Dr. Werenberg. Außerdem sind die Rechtsanwälte bei dem königl. Ober-Tribunal zur Praxis bei dem neuen Gerichtshofe befugt.

[Die Vertheilung von Stimmzetteln.] Das Wahl-Reglement verbietet die Vertheilung von Stimmzetteln innerhalb des Wahl-locales. Die Polizei ist aber an verschiedenen Orten, wie bei der vorigen Wahl, so bei dieser eifrig bemüht gewesen, das Austheilen von Stimmzetteln außerhalb des Wahllocales zu verhindern. Und zwar hat sie sich dabei auf die Bestimmung des Preßgesetzes berufen, welche die Verbreitung von Druckschriften von einer erhaltenen „Concession“ abhängig macht. Das Preßgesetz spricht nur von dem Gewerbebetriebe — „eines Verkäufers von Zeitungen, Flugschriften und Bildern“, und es ist offenbar, daß sich die unentgeltliche Vertheilung von gedruckten Stimmzetteln bei allem Interpretations-talent nicht unter diese Bestimmung bringen läßt. Und das hat auch der Minister des Innern anerkannt. Auf eine telegraphische Anfrage an ihn von Düsseldorf hat die königliche Regierung zu Düsseldorf geantwortet: „Auf Ihre an Se. Excellenz den Herrn Minister des Innern, Grafen zu Eulenburg, gerichtete telegraphische Anfrage vom 27. d. eröffnen wir Ihnen, daß die Anwendung gedruckter Stimmzettel bei Reichstagswahlen gestattet und zu deren Vertheilung eine besondere polizeiliche Erlaubnis nicht erforderlich ist.“

[Nachwahlen.] Soweit es sich aus dem bis jetzt bekannt gewordenen Resultat der Wahlen ergeben läßt, werden in Berlin vier Nachwahlen nöthig werden, da Waldeck, Löwe, Dunder und Schulze in den Provinzen gewählt sind. In diesem Falle werden hier Hoyerbeck und andere nicht gewählte Mitglieder der Fortschrittspartei als Candidaten aufgestellt werden.

Wahlen zum norddeutschen Reichstage.

Rheinprovinz. Wahlkreis Crefeld. Definitiv gewählt Ober-Staatsanwalt J. D. Ranngeßer (lib.). Wahlkreis Gladbach. Kammerpräsident Kraß (lib.) gewählt.

Provinz Westfalen. Wahlkreis Münster. Winiewski erhielt 1652, Dr. Waldeck 1638 von 3329 im Ganzen abgegebenen Stimmen. Mitin engere Wahl zwischen Beiden.

Provinz Pommern. Wahlkreis Prib-Saagig. Landrath v. Schöning (conserv.) mit 5892 gegen den liberalen Candidaten Schulze-Billerbeck, der 2412 Stimmen erhielt, gewählt. Wahlkreis Greiffenberg-Kammern. v. Thadden-Bangerow (conservativ) mit 4049 Stimmen gegen Flemming gewählt. Demmin-Anklam. Graf Schwerin-Pugar (liberal) mit 3877 gegen v. Sobek-Zarenthin, der 3393 Stimmen erhielt, gewählt.

Provinz Pommern. Wahlkreis Randow-Greifenhagen. Landrath Stavenhagen (conservativ) mit 6400 Stimmen gewählt. Stadt-Baurath Hobercht (liberal) erhielt 4259 Stimmen. 257 Stimmen zerplittert.

Provinz Hannover. Hoya-Berden Minister a. D. Hammerstein (Particularist). Einbeck-Uslar-Dierode Bürgermeister Miquel. Göttingen-Minden Professor Sartorius von Waltershausen (nat.-lib.). Herzberg-Goslar Graf Münster (conserv.). Lüneburg-Winsen Oberbürgermeister Fromme.

Provinz Sachsen. Saalkreis und Stadt Halle. Gewählt General Stavenhagen in Berlin (liberal). Naumburg-Weissenfels-Beiz. Gewählt Gutbesitzer Otto Rohland (liberal).

Achter sächsischer Wahlkreis (Pirna-Stolpen) Advocat Schreck (liberal). (Nicht Schack.)

Verzehter sächsischer Wahlkreis. (Borna-Pegau) Geh. Justiz-Rath Gebert aus Dresden wiedergewählt.

Zweizeundwanzigster sächsischer Wahlkreis. (Auerbach-Reichenbach) Pfarrer Heubner in Mülau wiedergewählt.

Großherzogthum Sachsen-Weimar. Im 3. Wahlkreise (Neustadt) ist Staatsanwalt Senast (cons.) gewählt.

Großherzogthum Hessen. Zweiter Wahlkreis (Friedberg-Wilbelshausen). Arnold Wendel in Bugbad wahrscheinlich gewählt.

Wahlkreis Kassel-Meißungen. Von 4048 Stimmen erhielt Reigel (nat.-liberal) 3473, Traber 388, v. Schweiger 134.

Provinz Hessen. Wahlkreis Schwesg-Schmalldalen-Witzenhausen. Rechtsanwalt Dr. Garnier (nat.-lib.) mit 5877 von 5998 Stimmen wiedergewählt. Wahlkreis Friglar-Hornberg-Ziegenhain, gewählt Oberbibliothekar Dr. Bernhards in Kassel (nat.-lib.) mit 3984 von 4324 Stimmen.

Schloß Babelsberg, 3. Sept. [Se. Majestät der König] nahmen im Laufe des Vormittags die Meldung Sr. königl. Hoheit des Kronprinzen entgegen, empfingen ferner die Meldungen des General-Lieutenants Grafen Bismarck-Böhlen, Commandanten von Hannover, und des Obersten von Sokolowski, Director der vereinigten Artillerie- und Ingenieur-Schule, ertheilten alsdann dem Gouverneur von Hannover, General-Lieutenant v. Voigts-Rheß, eine längere Audienz und nahmen darauf den Vortrag des General-Adjutanten v. Zedekow entgegen. Um 4 Uhr dinirten Seine Majestät bei Ihrer Majestät der Königin Wittve in Sanssouci.

4. September. [Se. Majestät der König] nahmen heute den Vortrag des Geheimen Cabinets-Rathes v. Mähler entgegen. Zum Diner um 3 Uhr waren Ihre königl. Hoheiten der Prinz Friedrich der Niederlande, der Prinz Carl und Prinz Friedrich Carl, der Oberst

Brigade-Commandeur Graf Brandenburg, der Gesandte in Lissabon Graf Brandenburg, der niederländische Geschäftsträger Graf Bylandt und der Oberst-Lieutenant v. Kleist vom 1. Garde-Regiment zu Fuß eingeladen.

Potsdam, 4. Sept. [Se. königl. Hoheit der Kronprinz] ist auf allerhöchsten Befehl und in Vertretung Sr. Majestät des Königs am 3. d. M. Abends mit dem Courierzuge vom Neuen Palais nach KÖln abgereist, um daselbst den Festlichkeiten bei Gelegenheit des Dombau-Zubilaums am 4. d. M. beizuwohnen. Die Rückreise Sr. königlichen Hoheit wird wahrscheinlich schon am Abend desselben Tages erfolgen. (St.-A.)

Δ Aus Schleswig-Holstein, 3. Sept. [Tumultuöse Auftritte.] In den nordschleswighischen Districten haben am Tage der Parlamentswahl (Sonntag) von Seiten der Dänenfreunde verschiedene Unruhestörungen und Tumulte stattgefunden. In der Stadt Hadersleben durchzogen nach dem Einbruch der Dämmerung unter der Leitung eines ehemaligen dänischen Reserveoffiziers zahlreiche Dänenfreunde lärmend und scandalisirend die Straßen, so daß, als mehrere friedliche Bürger gemüthdet worden waren, Polizei, Militär und Gendarmen einschreiten mußten, und in dem unweit der Stadt Hadersleben gelegenen Dorfe Sommerstedt erhielt sogar ein Dienstknecht einen Messerstich in den Kopf. Auch in der Stadt Apenrade kam es zu bedauerlichen Reibungen zwischen den Dänenfreunden und den Deutschen, und zwar in einem solchen Grade, daß das Ortsblatt von „mehreren erheblichen Verletzungen“ spricht, welche vorfielen, ehe Polizeimannschaften und Militärpatrouillen mit dem erforderlichen Nachdruck zur Wiederherstellung der Ruhe schreiten konnten.

Cheunitz, 3. Sept. [Die Wahlen.] Wir sehen uns hier in merkwürdige Verhältnisse gedrängt. Spät erst wurde Dr. Jauch zu Berlin dem hiesigen Advocaten Ludwig als Candidat für die Reichstagswahlen gegenübergestellt, da die eigentliche politische Ueberzeugung des Letzteren nicht recht deutlich war und der Dessenlichkeit gegenüber erst in der ersten Wählerversammlung am 21. August klar zu Tage trat durch die von ihm abgegebene Erklärung, „die Bundesverfassung mit allen legalen Mitteln bekämpfen zu wollen“. Die an sehr schwacher Betheiligung leidende Wahl ergab dann das Resultat, daß die Kassaleaner im ersten Wahlgange für ihren Candidaten, Kupferschmid Försterling 289 Stimmen erhielten, Dr. Jauch nur 1351 Stimmen, so daß Försterling mit dem Advocaten Ludwig (2831 Stimmen) auf die engere Wahl kommen wird. Der conservative Candidat Professor Hülse aus Dresden erhielt noch weniger (1156 Stimmen).

Weilburg, 2. Sept. [Besignahme.] Domänenrath Mängel aus Wiesbaden ist dahier eingetroffen, um das hiesige herzogliche Schloß, worunter sich die nassauische Fürstengruft befindet, für die neue Verwaltung in Besitz zu nehmen.

Frankfurt, 3. Sept. [Beschlagnahme.] Das „Fr. Z.“ meldet: Die erste Ausgabe unserer heutigen ersten Beilage wurde gestern Abend polizeilich mit Beschlag belegt. Veranlassung hierzu gab eine Correspondenz aus Wiesbaden.

Provinzial-Beitrag.

Breslau, 3. Septbr. [Schwurgericht.] Die Staatsanwaltschaft vertrat der Staatsanwalts-Substitut Kayser. Die Vertheidigung führte Justizrath Krug. Zuerst erschien unter der Anklage eines verurtheilten neuen schweren Diebstahls der Tagelöhner Reinhold Heinrich Theodor Otto Mause aus Breslau. Diese Verhandlung war insofern von nicht geringem Interesse, als sie ganz in derselben Weise wie die Verhandlung gegen Sdonnos sich lediglich um Feststellung der Identität der auf der Anklagebank stehenden Persönlichkeit mit jener, von welcher die Strafhandlung behauptet wurde, drehte. Diese beiden Fälle zeigen, wie leicht es einem recht gewandten Verbrecher unter ihn begünstigten Umständen werden kann, die Identität seiner Persönlichkeit in Zweifel zu stellen, und wie schwer es stets wird, den Verbrecher vollständig zu überführen. Auch Mause schlug mit einer bis zum letzten Augenblick sich gleich bleibenden Ausdauer und Consequenz diesen Ausweg ein, um der Strafe eines Diebstahlsverfuges zu entgehen. Das Sachverhältniß ist folgendes:

Am Vormittage des 21. September 1866 wurde von Fräulein Bertha Guttentag das Lehramtsbündel Johanna Herrmann nach ihrer Wohnstube im ersten Stode des Hauses, Elisenstraße Nr. 1, geschickt, um daselbst etwas zu holen. Die Herrmann war nicht im Stode, mittelst des mitgenommenen Stubenschlüssels die Stube zu öffnen, ebenso wenig wie die mit noch einigen anderen Lehramtsbündeln herbeigekommene Lehrmeisterin Guttentag. Selbst ein Schlosser, welchen man geholt hatte, vermochte dies nicht. Zu aller Enttäuschung öffnete sich die Stube nachher auf einmal von selbst. Als die Außenstehenden, um dies näher zu untersuchen, eindringen, fanden sie daselbst einen unbekannten Mann vor, der alsbald einem Polizeiergenteanten zur Verhaftung übergeben und dem Polizeicommissarius Dietrich II. präsentirt wurde, wobei er sich Reinhold Herrmann nannte, der am 21. December 1847 geboren sei, dessen Vater auf der kleinen Großenstraße Nr. 27 wohne und der schon einmal wegen Diebstahls mit 6 Monaten Gefängnis bestraft worden sei. Seiner weiteren Angabe, daß er von einem jungen Manne, der ihm Sachen zum Tragen habe geben wollen, in das Zimmer der Guttentag geführt und demnach ein geschlossen worden sei, wurde natürlich kein Glauben geschenkt, sondern er zur vorläufigen Detention in das Polizeigefängnis abgeliefert. Schon hier begann er mit den Verhören, sich durch die Flucht der Strafe für seinen Diebstahlsversuch zu entziehen. Er simulirte, einen labmen Fuß zu haben, und es gelang ihm auch trotz der Warnungen des Polizeicommissarius Dietrich II, dem ihn transportirenden Polizeiergenteanten zu entkommen, der ihn inoffen bald wieder einholte. Als er aber von dem Polizeipräsidium auf dem Zellenwagen nach dem Inquisitorialat gebracht wurde, entsprach er, ohne wieder eingeholt werden zu können.

Als indessen am 8. October v. J. der Arbeiter Reinhold Mause wegen Einbruchs verhaftet und in das gerichtliche Gefängnis abgeliefert wurde, erkannte der Gefangenenaufscher Scheil in ihm denselben Menschen wieder, der unter dem Namen Reinhold Herrmann wegen Diebstahls eine 6 monatliche Gefängnisstrafe verbüßt hatte, i. e. Mause war derselbe, welcher am 21. September v. J. in das Zimmer der Guttentag eingebrungen und dann aus dem Zellenwagen entsprungen war. Mause läugnete aber jede Gemeinschaft mit jenem Menschen, bestritt, den Namen Herrmann je geführt und unter demselben in der Zeit vom 6. März bis 2. September 1866 im Gefängnisse gesessen zu haben. Er behauptete vielmehr, daß er in der Zeit vom Juli bis 6. October 1866 bei dem Maurermeister Kochmann in Arbeit gestanden habe. Hierüber konnte jedoch nur soviel erwiesen werden, daß ein Arbeiter Mause in der Zeit vom 1. bis 6. September und ein Arbeiter Mause in der Woche vom 24. bis 29. September in den eingetragenen Wohnzetteln des Kochmann vorkam. Inzwischen wurde bald ermittelt, daß diese Wohnzetteln sich verzeichnet fand. Inzwischen wurde bald ermittelt, daß diese Wohnzetteln infolgedessen eine Unrichtigkeit enthielten, als es statt der Woche vom 1. zum 6. September heißen mußte vom 3. zum 8. September. Wenn überhaupt das September heißen mußte als geführt angenommen werden sollte, daß der Angeklagte zu dieser Zeit bei Kochmann gearbeitet habe, so folgte zu seinen Gunsten doch nichts weiter für ihn, weil die Haft des Reinhold Herrmann schon am 2. September aufgehört hatte.

Auch seine Mitarbeiter, auf die sich Mause berief, haben gerade über die Zeit, bis zum 2. September v. J. resp. über den 21. d. M., dem Tage, an dem Herrmann in das Zimmer der Guttentag eingebrungen, nicht zu bekunden vermocht, daß Mause mit ihnen gearbeitet habe. Der Vater desselben hat über seinen Aufenthalt in der kritischen Zeit gar keine Angaben machen können.

Wenn schon dieser verunglückte Beweis seitens des Mause es ziemlich zweifellos machte, daß er mit Herrmann identisch sei, so wurde dies noch positiver durch die an Bestimmtheit auch nicht das Mindeste zu wünschen übrig lassenden



